

II-11526 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5589 NJ

1993 -11- 11

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Praxmarer, Scheibner, Mag. Schweitzer
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Rechnungshofbericht über das Schul- und Bildungswesen (Landesschulrat
für Oberösterreich)

Aus dem Prüfungsbereich über den Einflußbereich des Landesschulrates Oberösterreich geht folgendes hervor:

Kinder wurden auch ohne Zutreffen der gesetzlichen Voraussetzungen für schulreif erklärt und mußten daher später den Vorschuleinrichtungen zugewiesen werden.

Freigegenstände und unverbindliche Übungen wurden grundsätzlich nur angeboten, wenn der betreffende Lehrer dafür eine zusätzliche Bezahlung erhielt. Die Supplierreserve wurde nicht ausgeschöpft. Bei der Bildung neuer Klassen wurde nicht berücksichtigt, daß in einem Gebäude mehrere Volksschulen oder mehrere Hauptschulen gleichermaßen erreichbar waren. Andernfalls wären wesentlich weniger Klassen zu führen gewesen.

Die Personalvertreter der Pflichtschullehrer erhielten entgegen den bestehenden gesetzlichen Vorschriften überhöhte Nebengebühren. Zahlreiche Übergüsse wurden in zu geringen Monatsraten einbehalten, so daß die Rückzahlung bis zu 31 Jahre dauern konnte. Die schlechte räumliche Unterbringung des Amtes des Landesschulrates war für die Aufgabenerfüllung nachteilig und für die Mitarbeiter unzumutbar.

/fpc203/anfragen/ukrechnu.pra DVR.: 0717193

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst nachstehende

A n f r a g e

- 1) Aus welchen Gründen wurden ohne die Erfüllung gesetzlicher Grundlagen, Kinder in Oberösterreich für schulreif erklärt, die dann in Vorschuleinrichtungen zurückgestellt werden mußten?
- 2) In welchen anderen Bundesländern ist es zu einer solchen Vorgangsweise gekommen?
- 3) Aus welchen Gründen wurden Freigegegenstände und unverbindliche Übungen nur dann angeboten, wenn die betreffenden Lehrer eine zusätzliche Bezahlung bekommen haben?
- 4) In welchen anderen Bundesländern ist es zu einer solchen Vorgangsweise gekommen?
- 5) Warum wurde die Supplierreserve nicht ausgeschöpft?
- 6) In welchen anderen Bundesländern kam es zu einer solchen Vorgangsweise?
- 7) Warum erhielten die Personalvertreter der Pflichtschullehrer entgegen der gesetzlichen Vorschriften überhöhte Nebengebühren?
- 8) In welchen anderen Bundesländern kam es zu einer solchen Vorgangsweise?
- 9) Warum wurden Übergensüsse in zu geringen Monatsraten einbehalten, sodaß die Rückzahlung bis 31 Jahren dauern konnte?
- 10) In welchen anderen Bundesländern kam es zu einer solchen Vorgangsweise?

/fpc203/anfragen/ukrechnu.pra DVR.: 0717193